

Linke gegenhegemoniale Politik und Radikaldemokratie : eine Replik auf Ralf Binswanger : engineering of consent

Autor(en): **Hänsenberger, Urs**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **5 (1985)**

Heft 10

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652414>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Linke gegenhegemoniale Politik und Radikaldemokratie

Eine Replik auf Ralf Binswanger: Engineering of Consent. Widerspruch 8/1984

I.

Im Widerspruch 8 versucht R. Binswanger linke Politik, die sich im Rahmen gegebener demokratischer Institutionen bewegt, mit den von Chomsky/Herman analysierten bürgerlichen Strategien bzw. ideologisch-politischen Mechanismen des "Engineering of Consent" und des "Feigned Dissent" (= vorgetäuschter Dissens) zu konfrontieren und kommt zum Schluss, dass jene nur den Glauben an die bestehenden demokratischen Verhältnisse stärken und somit den Bürgerlichen einen Teil ihrer Zustimmungskraft abnehme, weshalb er die Debatte darüber, ob sich die Linke am demokratischen Prozess zu beteiligen habe, hier abbreche: "Eine solche Debatte enthielte nämlich ebenfalls Merkmale des Feigned Dissent. Heftige politische Auseinandersetzungen darüber bewiesen zwar eine gewisse Dynamik kontroverser Positionen, verstärkten aber zugleich den beabsichtigten Effekt der politischen Anpassung und Resignation." (Binswanger, 59) Der Feigned Dissent organisiert damit auch "die Illusion eines Meinungspluralismus in den 'westlichen Demokratien'." (54) In letzter Konsequenz bewirke er, dass Formen von Widerstand, die Legalität und Gewaltlosigkeit überschreiten, "undenkbar werden." (59)

Da Binswanger von keinem expliziten theoretischen Konzept ausgeht, zielt meine Replik in einem ersten Teil eher auf seine *impliziten*, von mir hier unterstellten Prämissen und Implikationen seiner Aussagen, und erst am Schluss trete ich dann konkret auf die Dissensproblematik ein. Es sind vor allem vier Aspekte, die mir bei ihm problematisch erscheinen: 1. die Auffassung von Politik und Ideologie als Manipulation (von oben); 2. die Vorstellung vom "Terrain" der demokratischen Institutionen als einem "geschlossenen Raum", innerhalb dessen sich nur die bestehenden Herrschaftsverhältnisse reproduzieren lassen; 3. der Meinungspluralismus als "demokratische" Illusion und 4. schliesslich seine Schlussfolgerungen im Zusammenhang mit einer Logik des Bruchs, welche in seiner Argumentation – konsequent zu Ende gedacht – zum Verlust eines linken gegenhegemonialen Anspruchs führen muss.

II.

Unmittelbar besticht ja Binswangers Kritik an linken demokratischen "Illusionen", insbesondere auf dem Hintergrund des halbdirektdemokratischen

“Terrains” der Schweiz, das von fortschrittlichen Politprojektleichen übersät ist oder auf dem sich diverses Oppositionspotential kompromissförmig eingerichtet hat. Die parlamentarischen und ausserparlamentarischen Formen der Politikauseinandersetzungen (59) geraten so und auch wegen der ausserordentlich stabilen bürgerlichen Hegemonie – schnell unter das etwas verzweifelte Verdikt, einzig die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren, da jene eine Art geschlossene Einheit von Herrschaftsapparaten darstellen, der der Meinungspluralismus immer nachgeordnet ist. Diesem Vorverständnis kann man die teilweise in Foucaults Tradition stehenden macht- und parteitheoretischen Ansätze von M. Jäger entgegenhalten, die erst noch einen Zugang zur individuell gelebten Widerspruchsdynamik erlauben (dazu a. Therborn 1982). Jäger betont den Vorrang der *Spaltungen* vor jeder ideologisch-politischen Einheit als *elementare Ordnungsstruktur*. Spaltungen sind der Modus sich durchsetzender Macht nach dem Prinzip des Divide et impera: der Gespaltenere ist der Ohnmächtigere, der aus Angst, Furcht und fehlenden alternativen Perspektiven Mechanismen der Selbstunterwerfung mitreproduziert. Nicht unbedingt das Resultat, sondern eine andere Auffassung von der Widerspruchsdynamik halte ich Binswanger also entgegen. Damit ist die Systemimmanenz auch der angesprochenen politischen Kämpfe nicht a priori sanktioniert.

Das spezifische Funktionieren der schweizerischen Demokratie scheint hier vorerst exemplarisch: auf dem Hintergrund einer politkulturell hoch segmentierten Gesellschaft werden die vierteljährlichen Volksabstimmungen mit ihren ständig wechselnden Themen unterschiedlicher gesellschaftlicher Relevanz und verschobenen Problemstellungen in immer wieder neuen Koalitionen ausgefochten. Eine längerfristig stabile und relativ einheitliche Opposition gegenüber der “offiziellen” Politik wird damit erheblich erschwert. Damit wird auch die herrschaftsstabilisierende Dynamik permanent – nur zum Teil bewusst – neugelegter Spaltungslinien deutlich, welche Politik auf Taktik bzw. kurzfristige Mehrheitserfolge zu reduzieren droht; dies aber nicht notwendig erreichen, sondern nur solange, als die Parteien der Funktion genügen, auf verschobenen Spaltungslinien die gesellschaftlichen Antagonismen in einer Art pazifierten Form von Kämpfen auszutragen. Die pluralistische Basis letzterer ist zudem real, da immer mit konkreten partikularen Interessen verflochten. Illusorisch bleibt dieser Pluralismus nur für diejenigen, die wohl systemüberwindende Ansprüche für sich reklamieren, ohne eine entsprechende gegenhegemoniale Politik zu artikulieren.

Es soll hier auch deutlich werden, dass die “spaltenden Diskurse” wesentlich auch von nicht-diskursiven “Bereichen” (dazu insbes. Hall 1984, Therborn 1982, Mayorga 1984) ergänzt/unterstützt werden, wie uns dies gegenwärtig die Wirksamkeit der neoliberalen/neokonservativen Diskurse vor Augen führt: diese finden ihr Pendant in den ökonomischen Rekonstrukturen im Zusammenhang mit dem Einsatz neuer Technologien, im Ab- und Umbau sozialstaatlicher Institutionen usw.: “Basis des postfordistischen Staates wäre (so) -eine hoch segmentierte und gespaltene Gesellschaft.” (Hirsch 1985a, 336)

III.

Betrachtet man so die politischen und gesellschaftlichen Kämpfe quasi "von unten", dann ist selbst der Staat im engern Sinn (*societa politica*) weder einfach Objekt, einfaches Instrument in den Händen einer Klasse, noch ist er Subjekt, autonomer Wille. Als verdichtetes Verhältnis zwischen Klassen und Klassenfraktionen (vgl. Poulantzas 1978, 119) besitzt er jedoch seine eigene Materialität mit einer ihm eigenen repressiven, ideologischen, politischen und ökonomischen Wirksamkeit, welche ihn als Klassenstaat im Rahmen eines instabilen Kompromissgleichgewichts auszeichnet.

Damit ist dieser – und erst recht der Block an der Macht – keine monolithische Einheit, der ein einziges strategisches Subjekt zugrundeliegt. Vielmehr realisiert er sich über eine Anzahl von Abteilungen und Unterabteilungen, die oft unterschiedliche Taktiken verfolgen und in Widerspruch zueinander stehen können (vgl. a. Hirsch 1974). Ihre eigenartige systemstabilisierende Gerichtetheit erklärt sich auf dem Hintergrund der vom gesellschaftlichen Krisenprozess und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung selbst vorgegebenen Aufgaben. Nichtsdestoweniger sind sie umkämpfte Orte, deren reale Widersprüche mit dem Ansatz eines bewussten "Engineering of consent" (54) völlig unzureichend erklärt werden.

Gerade in diesem Zusammenhang verwechselt Binswanger tendenziell den Anspruch der von ihm zitierten Sozialtechnologien auf eine eindimensional verwaltete Vergesellschaftung mit ihrem realen Durchsetzungsvermögen. So vernachlässigt er die Bedeutung der schon angesprochenen "nicht-diskursiven Bereiche" für das Gelingen ideologischer Diskurse: Was wäre der rassistisch-fremdenfeindliche Diskurs ohne Verweismöglichkeit auf Probleme wie drohender Arbeitsplatzverlust u.ä.? Er unterläuft aber auch das Terrain des integralen Staates (Gramsci), auf dem die unterschiedlichsten Strategien und Taktiken "aufeinanderprallen". Der herrschende Diskurs ist damit nur so etwas wie eine Verdichtung solch relativ autonomer Diskurse, welche sich überschneiden, gegenseitig verstärken oder auch neutralisieren können usw. Die diversen Diskurse repräsentieren also nicht einfach als Erscheinungen einen "tieferliegenden" herrschenden Diskurs oder gar dessen "Wesen". Herrschend dürften vielmehr Diskurs- oder Sinnelemente sein, die als Verknüpfungsglieder und Schnittpunkte diverser Diskurse fungieren (liberale Freiheit, Ruhe und Ordnung, Marktwirtschaft usw.). Linke Diskurse sind dann reformistisch, wenn sie diese als zentrale Elemente miteinbauen. Wir haben es dementsprechend auf dem politischen Terrain selten mit geschlossenen Weltanschauungen zu tun, sondern mit unterschiedlichen Art und Weisen, wie diese Sinnelemente – etwa mit "Demokratie" – verknüpft (artikuliert) oder angeordnet sind. Die Entschlüsselung dieser Artikulationen und anderer ideologischer Mechanismen (vgl. etwa Therborn 1982 u. Ezcurra 1982) – der Feigned Dissent würde unter anderem dazugehören – führt uns zu den internen Strategien und Taktiken dieser Diskurse. Diese sind – neben ihrer Ideologieförmigkeit – aber auch vermittelter Ausdruck unterschiedlicher individueller und kollektiver Interessenlagen, welche sich konkurrieren. Ihre Kenntnis – und damit gerade auch die der *societa civile* – ist we-

sentliche Voraussetzung für den Entwurf gegenhegemonialer Politik, eine Kenntnis, die der Schweizer Linken aber weitgehend fehlt, weshalb der Staat oft reduziert unter den Vorzeichen der Repression und Manipulation verhandelt wird.

IV.

Zu recht verweist Binswanger (59) allerdings auf die Gefahr der Unterschätzung staatlicher Repressionsfunktionen. "Eine Trennung von Gesetz und (Legalität, U.H.) Gewalt anzunehmen ist in jeder Hinsicht falsch, selbst und gerade für den modernen Staat." (Poulantzas 1978, 68) Auch Althusser und mit ihm Therborn gehen vom doppelten Funktionieren der Staatsapparate aus: das Ideologische funktioniert auch auf der Basis der Repression und umgekehrt. Aber selbst wenn hinter den ideologischen Apparaten permanent die Repression droht, so funktionieren diese doch hauptsächlich auf der Basis des Ideologischen. Sonst würde die Erweiterung des Staatsbegriffs durch Gramsci auf die *società civile* mit ihren hegemonialen Apparaten (Schule, Familie, usw.) politisch bedeutungslos sein, und man hätte den Versuch Gramscis, die Inadäquatheit des russischen Revolutionsmodells (Zerschlagen des Staatsapparates) für die "westlichen" Gesellschaften aufzuzeigen, in seinen strategischen Konsequenzen nicht begriffen. Im Grundsatz steht für mich die politische Intervention auf dem Feld der demokratischen Institutionen als umkämpften Orten (inkl. Parlament) schon deshalb ausser Frage. Andere Formen des Kampfes, auf die Binswanger offenbar setzt, können diese Formen der Auseinandersetzungen *nicht* ersetzen. An dieser Stelle vertritt m.E. Binswanger eine antietatistische Position, die mit dem Anspruch einer gegenhegemonialen Politik unvereinbar ist (für deren nähere Bestimmung fehlt hier allerdings der Platz). Trotz des Trends zum "autoritären Etatismus" sieht auch Poulantzas keine Alternative zu einem von linken Widerstandszentren vorangetriebenen demokratischen und pluralistischen Transformationsprozess von Staat und Gesellschaft: "Die Eliminierung der direkten Basisdemokratie führt zu Sozialdemokratisierung (vgl. Portugal), und die Eliminierung der repräsentativen Demokratie wird nicht zum Absterben des Staates und nicht zum Triumph der direkten Demokratie führen, sondern über kurz oder lang zu einer autoritären Diktatur neuen Typs. In beiden Fällen wird schliesslich der Staat gewinnen." (1978, 243)

V.

Eine der Hauptschwächen Binswangers sehe ich darin, dass er sich das Terrain seiner Analysen von seinen Gegnern vorgeben lässt, von den restriktiven Demokratietheoretikern nämlich. Er unterläuft damit die von mir angeschnittene reale Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Prozesse und übersieht, dass alle Arten von Institutionen trotz ihrer relativen Autonomie wesentlich von den soziopolitischen Kämpfen mitkonstituiert werden. Dies gilt gerade für die direktdemokratischen Institutionen, die kein "Geschenk" von oben waren, im Gegensatz zum liberalen Repräsentationsmodell (Wahldemokra-

tie), das sich seit dem 18. Jh. gegen die Massen (sog. Pöbelherrschaft) gerichtet verstand; diesbezüglich bieten die restriktiven Demokratietheorien kaum Neues. Indessen will ich hinzufügen, dass "wer etwa davon überzeugt ist, dass die Bewusstseinsverfassung der Bürger den jeweiligen politischen Eliten restlos zur Disposition steht, der hat auch kein letztes Kriterium, das es erlauben würde, zwischen einer demokratischen und autoritären Form politischer Herrschaft zu unterscheiden," (Dubiel 1985, 648) Auch für sog. Dissensstrategien ist dies nicht unerheblich; speziell auch dann nicht, wenn der Möglichkeit nach linkes und rechtes Dissens-Verständnis unterschieden wird, eine Unterscheidung, die bei Binswanger keinen Platz findet. So plädiert der FDP-Staatsrechtler M. Lendi von rechts für eine neue Fähigkeit zum Dissens, sprich: weniger Kompromissorientierung und mehr politische Entscheidungsfreudigkeit. Eine von ihm konstatierte Konsensknappheit führt ihn zu konkurrenzdemokratischen Überlegungen, deren Effekt wohl vor allem die Ausgrenzung der SP aus den alten, die Mehrheiten tragenden sozialen Kräfte wäre. Wichtig: Lendi versteht auch den alten Konsens in sich gegliedert, eben pluralistisch. Sein Plädoyer gilt also einem restriktiven Pluralismus neuer Mehrheiten. Im zweiten Pluralismusspektrum befinden sich die neuen Dissidenten, denen, soweit sie die Mehrheitsregel weiter akzeptieren und offen zu ihrer Dissidenz stehen, mit positiver Toleranz begegnet werden soll. Den Trägern eines versteckten Dissens gebührt solche Toleranz nicht. Unter solchen neuen Vorzeichen könnte dann wohl die Rechte den Staat praktisch ungestört weiter nach ihren Vorstellungen umbauen. Damit würde auch die Zahl derjenigen, deren Bedürfnisse keinen Eingang in die Staatspolitik finden, weiter ansteigen. Ihre heterogene Unzufriedenheit will offenbar der linke Dissensbegriff aufgreifen, aber ohne grosse Unterscheidung zwischen "von oben" tolerierten und potentiell kriminalisierten Dissidenten. Dies ist auch die Folge eines einfachen Sammelns von Dissens zur kurzfristigen mehrheitsfähigen Sachabstimmung (vgl. Heilmann 1984, 66) und eines ausgeprägten Hanges zu dessen Parlamentarisierung. Dahinter steht ein fehlendes Konzept einer gegenhegemonialen Politik, deren Strategie auch inhaltlich der herrschenden hegemonialen Logik grundsätzlich entgegengesetzt und auch autonom ist. Erst letzteres verbürgt, dass das linke Konsensverständnis schliesslich nicht mit dem liberalen konvergiert. Sonst gilt auch Wickis (1984, 71) Warnung, dass durch Strategien des Dissenses nur der alte Konsens erweitert und erneuert wird, und zwar auf das von mir oben genannte zweite Pluralismusspektrum.

In unserm speziellen Fall müsste man also versuchen, den Demokratiediskurs aus seiner liberalen Artikulation herauszulösen und damit zu radikalieren. Eine daran orientierte Demokratiedebatte müsste sich – Binswanger entgegen – den "Dissens" nicht von oben verordnen lassen. Sie hätte sich aber besser vom in analytischer Hinsicht radikal unzureichenden und diffusen Dissensbegriff zu lösen, da dessen ausserordentliche Abstraktheit hochgradig für Integrationsstrategien "von oben" und ideologische Funktionen geeignet ist. Fragt man indessen nach den konkreten Trägern einer möglichen, inhaltlich bestimmten gegenhegemonialen Strategie, so müsste man die Diskussion dort fortsetzen, wo sie Binswanger abbricht. Den qualitativen Erfor-

dernissen derartiger Politikvorstellungen hätten sich die von Binswanger angesprochenen "Formen von Widerstand, die Legalität und Gewaltlosigkeit überschreiten" (59) unterzuordnen. Anzusetzen wäre an den konkreten gesellschaftlichen Widersprüchen, die Widerstand herausfordern, und dessen Unzufriedenheitspotential auf den politischen Begriff zu bringen. Dazu sind auch amerikanischen Analysen entlehnte Begriffe für die konkrete Analyse der konkreten schweizerischen Demokratie unzureichend.

LITERATUR

- Althusser, Louis, 1968: Für Marx. Frankfurt a.M.
ders., 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg/ Westberlin.
Buci-Glucksmann, Christine, 1981: Gramsci und der Staat. Köln.
Dubiel, Helmut, 1985: Das Gespenst des Populismus. In: Merkur 8/85, 639 ff..
Ezcurra, Ana Maria, 1982: La Ofensiva Neoconservadora. Las iglesias de U.S.A. y la lucca ideologica hacia America latina. Madrid.
Hall, Stuart, 1984: Ideologie und Ökonomie – Marxismus ohne Gewähr. In: Die Camera obscura der Ideologie. Argument-Sonderband AS 70. Berlin (-West). S. 97 ff..
Haug, Wolfgang Fritz, 1981: Strukturelle Hegemonie. In: Das Argument 129, 628 ff.
Heilmann, Thomas, 1984: Dissens mit Haken und Ösen. In: Widerspruch 8/84 S. 61 ff.
Hirsch, Joachim, 1974: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals. Frankfurt a.M.
ders., 1985a: Postfordismus? Neuformierung des Kapitalismus. In: Das Argument 151, S. 325 ff.
ders., 1985b: Fordismus und Postfordismus. In: Politische Vierteljahresschrift. H. 2. S. 160 ff.
Jäger, Michael, 1983: Über Macht und Parteien. In: Marxismus und Theorie der Parteien. Argument-Sonderband AS 91. Berlin (-West). S. 37 ff.
Laclau Ernesto, 1981: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus-Faschismus-Populismus. Berlin (-West).
Lendi, Martin, 1981: Konsens – Fähigkeit zum Dissens. In: Recht als Prozess und Gefüge. Festschrift für Hans Huber zum 80. Geburtstag. Bern. S. 487 ff..
Mayorga, Rene A., 1984: Diskurs und Konstitution der Gesellschaft. Zur Kritik des sprachtheoretischen Ansatzes von Ernesto Laclau. In: Das Argument 147. S. 725 ff.
Poulantzas, Nicos, 1978: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg.
Steiner Jürg, 1970: Gewaltlose Politik und kulturelle Vielfalt. Hypothesen entwickelt am Beispiel der Schweiz. Bern, Stuttgart.
Therborn, Göran, 1982: The ideology of power and the power of ideology. London (2nd impr.).
Wicki, Martin, 1984: Vom bunten Dissens zum alten Konsens? In: Widerspruch 8/84 S. 67 ff..

